

An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn
Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 23.05.2013

AN/0663/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	18.06.2013

Übertragung des Tarifabschlusses der Länder auf die Beamtinnen und Beamten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates zu setzen. Der Antrag und die Begründung entsprechen einem Beschluss des Stadtrates der Stadt Dortmund vom 02. Mai 2013 und gehen zurück auf einen Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund.

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, das erzielte Ergebnis des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder zeitgleich und in voller Höhe auf die Beamtinnen und Beamten des Landes NRW und damit auch auf die Kommunen zu übertragen.

Begründung :

Dem Rat der Stadt Köln ist bewusst, dass die Landesregierung NRW den Tarifabschluss der Länder nicht vollumfänglich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen will, um den Landeshaushalt zu entlasten.

Der Rat der Stadt Köln erkennt die Absicht der Landesregierung an, dabei zumindest Beamtinnen und Beamte in den unteren Besoldungsgruppen im Rahmen einer sozialen Staffelung zu berücksichtigen. Gleichwohl leisten alle Beamtinnen und Beamten in NRW bereits seit Jahren erhebliche Beiträge zur Konsolidierung der Personalkosten, indem sie schon Nullrunden, Streichungen und Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Einsparungen bei der Beihilfe und eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit hingenommen haben. Im Sinne der Gleichbehandlung mit den Tarifbeschäftigten und zur Aufrechthaltung der Arbeitsmotivation bei den Beamtinnen und Beamten hält der Rat der Stadt Köln eine Übertragung des Tarifabschlusses der Länder auf die verbeamteten Beschäftigten für geboten. Von dieser Besoldungserhöhung würden dann analog auch die Beamtinnen und Beamten der Stadt Köln profitieren.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Ratsbeschluss in dieser Sache unverzüglich dem Land zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ralph Sterck
Fraktionsvorsitzender